

Erste Seite täglich mit Ausnahme der Montage und der Tage nach den Feiertagen. Abonnementspreis für Danzig monatlich 30 Pf. (täglich drei ins Haus), in den Abtheilungen und der Expedition abgeholt 20 Pf. Vierteljährlich 90 Pf. frei ins Haus, 60 Pf. bei Abholung. Durch alle Postämter 1,00 Mk. pro Quartal, mit Briefträgergebühr 1 Mk. 40 Pf. Geschäftsstunden der Expedition 11—12 Uhr Vorm. Adressen: Danzigerstr. 4. XVI. Jahrgang.

# Danziger Courier.

Kleine Danziger Zeitung für Stadt und Land.  
Organ für Jedermann aus dem Volke.

Inseraten - Annahme  
Adressen: Danzigerstr. 4.  
Die Expedition ist zur Aufnahme von Inseraten Mittags von 8 bis 7 Uhr geöffnet. Kundsch. Anzeigen - Agenturen in Berlin, Hamburg, Frankfurt a. M., Stettin, Danzig, Dresden u. a. Rudolf Mosse, Hauptred. und Verlag, R. Steiner, G. S. Bauer & Co.  
Inseratenpreis: für 1 halbtägige Seite 20 Pf. Bei großem Auftrag u. Wiederholung Rabatt.

## Die Frauen und die politischen Vereine.

Trotz der wiederholten Erklärungen, daß die Conservativen dem Rest des Vereinsgeheßes, welches schließlich im Abgeordnetenhaus zur Annahme gelangt ist, nur vorläufig und nur aus taktischen Rücksichten zugestimmt hätten, wäre es voreilig, mit Bestimmtheit auf das schließliche vollständige Scheitern der Vorlage zu rechnen. Die nationalliberale Presse fährt fort, den Ausschluß Minderjähriger aus politischen Vereinen als eine wichtige Verbesserung der Vereinsgesetzgebung zu befürworten und wie die Conservativen darüber denken werden, wenn erst die Unmöglichkeit feststeht, darüber hinaus Einschränkungen des Vereins- und Versammlungsrechts durchzusetzen, entzieht sich jeder Beurtheilung. Möglicherweise wird am letzten Ende selbst das Herrenhaus dem Gesetzentwurf in der Formulierung des Abgeordnetenhauses zustimmen, wäre es auch nur in der Absicht, die Zustimmung des Bundesraths zu dem vom Reichstage beschlossenen Vereinsvereinsgesetz überflüssig zu machen.

Anschließend von diesem Standpunkte aus hat Abg. Richter bei der dritten Berathung der Novelle im Abgeordnetenhaus eine Erweiterung derselben in dem Sinne beantragt, daß der durch das Gesetz von 1850 verfügte Ausschluß der Frauen aus politischen Vereinen gestrichen werde. Es würde dann, und zwar zu Gunsten der Frauen, der Widerspruch beseitigt werden, der darin liegt, daß Frauen an politischen Versammlungen, auch an Wahlvereinen, nicht aber an Versammlungen politischer Vereine Theil nehmen dürfen. Von Preußen abgesehen, besteht eine solche Vorschrift in Deutschland nur noch in Bayern, Braunschweig, Anhalt, Meckl. u. L. und Lippe-Deimold; in allen übrigen Staaten, auch in Sachsen, besteht eine solche Beschränkung bezüglich der Frauen nicht. Mit Ausnahme der Conservativen, die an den Verhandlungen der Reichstagscommission für ein deutsches Vereinsgesetz keinen Theil genommen haben, waren alle Parteien, auch die Nationalliberalen, damit einverstanden, daß die Beschränkung des Versammlungs- und Vereinsrechtes der Frauen beseitigt werden müßte. Für Preußen ist der Antrag dazu um so dringlicher, als der Vertreter des Ministers des Innern im Abgeordnetenhaus mitgeteilt hat, die Regierung habe ermessen, ob nicht auch der Ausschluß der Frauen aus politischen Versammlungen verlangt werden sollte, um die Frauen vom Gebiete der Politik fern zu halten. Man habe aber sehr wohl davon Abstand genommen, die Frauenfrage aufzurollen. Gleichwohl haben weder die Nationalliberalen noch das Centrum den Antrag Richter unterstützt. Von ersterer Seite hat der Abgeordnete Dr. Oswalt die ablehnende Haltung seiner Freunde damit motiviert, daß er sagte, es wäre ein Fehler, die Aufhebung des Coalitionsverbotes für politische Vereine seitens des Abgeordnetenhauses mit Dingen zu verknüpfen, die nicht in unmittelbarem Zusammenhang damit stehen. Dieses Argument wäre durchaus zutreffend, wenn die nationalliberale Partei, in deren Hand ja die Entscheidung lag, die Vorlage auf die Aufhebung des Coalitionsverbotes für politische Vereine beschränkt hätte. In diesem Falle wäre es selbstverständlich Herrn Richter nicht eingefallen, die Frauenfrage anzuregen. Das wirkliche Motiv für die Ablehnung ist wohl ein anderes: die Freunde des Ausschlusses Minderjähriger aus politischen Vereinen und deren Versammlungen fürchteten, daß die Be-

schlüsse des Abgeordnetenhauses noch weniger Aussicht auf Annahme haben würden, wenn nicht nur die Aufhebung des Coalitionsverbotes für politische Vereine, sondern auch der Beschränkung des Rechtes der Frauen gefordert werde. Ist auch das Centrum der Ansicht, daß diese Wirkung eintreten werde, so hätte dasselbe erst recht für den Antrag Richter stimmen müssen, der ja doch nur dann Geltung haben würde, wenn die Beschlüsse des Abgeordnetenhauses Gesetz werden.

Die Befürchtung, daß die Frau, wenn das Gesetz ihr das Recht der Theilnahme an politischen Vereinen einräumt, alsbald sich in das Gebiete der Politik in engerem Sinne stürzen würde, ist unserer Ansicht nach übertrieben; dagegen ist ernstlich zu befürchten, daß durch eine erweiterte Anwendung des Begriffes Politik die wirtschaftliche Coalitionsfreiheit der Frauen auf Grund des § 152 der Gewerbe-Ordnung illusorisch gemacht wird. Durch § 152 sind alle Verbote und Strafbestimmungen gegen Gewerbetreibende, gewerbliche Gehilfen, Gesellen oder Fabrikarbeiter wegen Verabredungen und Vereinigungen zum Behufe der Erlangung günstiger Lohn- und Arbeitsbedingungen, insbesondere mittels Einstellung der Arbeit oder Entlassung der Arbeiter aufgehoben. Der Commissar des Ministers des Innern versicherte, niemand denke daran, die Frauen in der Ausübung des Coalitionsrechtes zu beschränken; er fügte aber hinzu, es sei in jedem einzelnen Falle eine Thatsache, ob solche Bestrebungen, namentlich in Vereinen, die vom Gesetz gegebene Grenze überschreiten und sich auf das politische Gebiet begeben. Aber gerade auf diesem Gebiete sind die Grenzen zwischen wirtschaftlichen, d. h. erlaubten und politischen und also unerlaubten Bestrebungen durch die Rechtsprechung so vielfach vermischt, daß es in der Hand der Behörde liegt, die Grenzen enger oder weiter zu ziehen.

Die Ablehnung des Antrages hat somit auch die Sicherung der Coalitionsfreiheit gewerblicher Arbeiterinnen unmöglich gemacht.

## Politische Tageschau.

Danzig, 11. Juni.

### Die Wahl in Wiesbaden.

Nach dem jetzt vollständig vorliegenden Resultat der Reichstagswahl in Wiesbaden wurden für Wintermeyer (freisinnige Volkspartei) 6566 Stimmen, für Fehren. v. Sutter (Centrum) 5355, für Quarch (Socialdem.) 5166 und für Bartling (nat.-lib.) 3072 Stimmen abgegeben. Es ist demnach eine Stichwahl zwischen Wintermeyer und Fehren. v. Sutter erforderlich. Im Vergleich zur Wahl von 1893 hat somit der auch von der freisinnigen Vereinigung unterstützte Candidat der freisinnigen Volkspartei (damals 4895) 1671 Stimmen gewonnen. 1893 wurden 74,3 Proc. der Stimmen abgegeben, diesmal wenig mehr als 60 Proc.

Im übrigen sind die diesmaligen Wahlergebnisse mit denjenigen von 1893 nicht überall zu vergleichen, weil damals die Conservativen und Nationalliberalen schon im ersten Wahlgange für Köpp eintreten, neben dem ein besonderer Candidat der freisinnigen Volkspartei aufgestellt war. Dieses Mal haben die Nationalliberalen einen eigenen Candidaten (Bartling) gestellt, der aber nahezu 1000 Stimmen weniger erhielt, als der nationalliberale Candidat von 1890. Auch die socialdemokratischen Stimmen sind gegen 1893 um mehr als 1000 Stimmen zurückgeblieben, während die Centrumsstimmen nur eine unerhebliche Vermehrung erfuhren. Den Rückgang

der nationalliberalen Stimmen erklärt die „Nat.-Ztg.“ in dem im Morgenblatt schon telegraphisch erwähnten Artikel offenbar zutreffend daraus, daß Bartling sich betriebs der landwirthschaftlichen und der gewerbepolitischen Fragen so unbefriedigend, nämlich stark agrarisch und jünflerisch geäußert habe, daß wohl viele gemäßigtere Liberale sich außer Stande sahen, für ihn zu stimmen. Bartling steht denn auch mit den wenigsten Stimmen am Ende der Liste.

Das Wahlergebnis — mag nun in der Stichwahl der freisinnige oder der Centrums-Candidat den Sieg davontragen — enthält eine interessante Illustration der Verödung des Ministers des Innern im Abgeordnetenhaus, daß das „Volk“, d. h. die Freunde der Vereinsgesetznovelle auf Seiten der Regierung ständen. „Meine Herren“, sagte Minister v. d. Rehe, „die Bevölkerung würde auch eine Ablehnung der Vor schläge der königl. Staatsregierung nicht nur nicht verstehen, sondern sie wird — dessen bin ich sicher — zu gelegener Zeit auch die Abrechnung halten.“ Die Wähler in Wiesbaden haben, wie es scheint, ihre Abrechnung nicht mit den Gegnern der Vereinsgesetznovelle, sondern mit den Freunden derselben gehalten, und zwar in der Weise, daß auch ein Theil der Nationalliberalen nicht für den nationalliberalen Candidaten, sondern für denjenigen der freisinnigen Volkspartei gestimmt hat. Ob das in den Augen des Ministers des Innern ein „Erfolg“ ist, muß dahin gestellt bleiben.

### Zur Interpellation über die politische Polizei.

In conservativen Kreisen scheint der Vorstoß, nach dem Wiedereintritt des Abgeordnetenhauses den Minister des Innern in Sachen der Reform der politischen Polizei zu interpelliren, wenig Beifall zu finden, was um so überraschender ist, als doch nahezu die gesamte Presse nach Beendigung des Processes Lauch die Ansicht vertreten hat, daß die Zustände, wie sie zur Zeit sind, nicht aufrecht erhalten bleiben können. Man fürchtet offenbar, daß eine parlamentarische Verhandlung über den Proceß Lauch einen für den Minister des Innern sehr wenig erfolgreichen Verlauf nehmen würde. Der Gegenvorstoß, praktische Winke für die Reform der zuständigen Behörde auf einem anderen Wege zu übermitteln, damit dieselben desto besser ad acta gelegt werden können, ist so naiv, daß eine ernste Erörterung desselben überflüssig ist.

### Kinder Austausch in den Ferien.

Der „Revue des revues“ entnehmen wir eine Studie über den Austausch der Kinder in Dänemark während der Ferien. In den skandinavischen Ländern nimmt dieser Austausch die Form einer Einrichtung an, die die Aufmerksamkeit aller Philanthropen auf sich zieht. Ueber die Einzelheiten dieses Verfahrens berichtet die genannte Revue Folgendes:

„Die Landleute geben ihre Kinder während der Ferien an die Städte und die Städte ihre Sproßlinge auf das Land. Der Staat gewährt dazu freie Fahrt und die Schulen expediren die Kinder entsprechend den Wünschen der Familien. Die Kinder reisen allein, ein jedes trägt seine Marschroute auf der Brust angeheftet. Wenn sie sich ausnahmsweise verirren, werden sie im nächsten Ort beherbergt. Beim Eintreffen der Züge erwarten Bauern und Bäuerinnen geduldig die kleinen Passagiere. Geliebtheit und Gehörlichkeit finden die Kinder bei ihnen eine Pflege, die sie zu Hause oft entbehren, und kehren stets mit glücklich gehobener Gesundheit nach Hause zurück. Die Bäuerinnen geben ihnen die beste Milch,

Butter, Eier, Käse, Schinken, wollene Strümpfe und selbst neue Anzüge, während die Städter den Kindern vom Lande die Monumente, die Gedenkstätten, die Vergnügungen, die Umgebung von Kopenhagen zeigen und ihnen die Restaurateure daselbst sogar kleine Feste mit Tanz geben.“

Kopenhagen schickt jährlich über 10 000 Kinder auf das Land und empfängt ebensoviele kleine Landbewohner. Auch in Frankreich wird heute für die Einführung dieser Maßregel Propaganda gemacht.

## Die Friedensverhandlungen.

Aus den verschiedenen Berichten, welche über die Verhandlungen wegen des griechisch-türkischen Friedens vorliegen, geht eigentlich nur das eine sicher hervor, daß sie — was auch niemand übertrifft — einen sehr langamen Verlauf nehmen. Dies erklärt sich auch dadurch, daß die Botschafter an ihre Cabinete berichten und diese sich erst wieder unter einander über die ihren Vertretern zu ertheilenden Weisungen auseinandersetzen haben; man will durch dieses umständliche Verfahren auch den leistungsfähigsten vermeiden, als handle es sich um eine europäische Konferenz. Dazu kommt noch, daß die Pforte ihrer Gewohnheit gemäß sich keineswegs mit ihren Äußerungen über etwaige Vorschläge beißt. Botschafter-Berathungen finden in Konstantinopel fast täglich statt, und zwar sind die Vertreter der Mächte in demselben Pavillon von Topkane versammelt, wo sie im Jahre 1885 die Vereinigung Ostrumeliens mit Bulgarien vollzogen haben. Es wird bei den Konferenzen bekanntlich auf jeden diplomatischen Apparat und selbst auf die Protokollführung verzichtet, so daß die Botschafter mit dem türkischen Bevollmächtigten Tawfik, der ihnen allen die Stirn zu bieten hat, ganz unter sich sind. Trotzdem sie sich gegenseitig die strengste Discretion zur Pflicht gemacht haben, bringen über den Inhalt der Verhandlungen doch manche Einzelheiten in die Öffentlichkeit, die allerdings mit großer Vorsicht aufzunehmen sind. So wird heute gemeldet, daß die Mächte bereits eine neue Verfassung für Areta ausgearbeitet haben, welches ein autonomes Fürstenthum unter der Oberhoheit des Sultans werden soll. Der Correspondent der „Times“ in Konstantinopel theilt über dieselbe folgende Einzelheiten mit:

A. Der Fürst. 1. Er wird ein Christ und ein Fremder sein, erwählt von den Mächten und anerkannt vom Sultan; 2. er wird haben ein Vetorecht gegen alle von der Nationalversammlung angenommenen Gesetzentwürfe; 3. das Recht, zu begnadigen und Amnestien zu erlassen; 4. das Recht, alle Beamten zu ernennen, Christen und Mohammedaner, wobei persönliche Loyalität und lokale Bedürfnisse in Betracht zu ziehen sind; 5. die oberste Controle über die bewaffnete Macht des Landes.

B. Die Nationalversammlung. 1. wird aus Christen und Mohammedanern zusammengesetzt, die getrennt im Verhältnis zu der Bevölkerungsziffer der beiden Confessionen gewählt werden; 2. wird alle zwei Jahre und in besonderen Fällen einberufen; 3. wird das Budget und alle Gesetze mit einfacher Mehrheit annehmen.

C. Finanzen. 1. Directe und indirecte Steuern ohne Ausnahme, die Einnahme aus den Domänen, Galernen etc., von Posten und Telegraphen mit Ausnahme derjenigen, die fremden Regierungen oder Compagnien gehören, werden dem Schatz der Insel zugeführt. 2. Ein Tribut von 10 000 Lfr. (200 000 Mk.) wird jährlich nach Ablauf von 5 Jahren dem kaiserlichen Schatz gezahlt.

D. Die bewaffnete Macht. 1. Die türkischen Truppen sollen nicht auf der Insel erhalten bleiben. 2. Das Gendarmeriecorps, das, wenn nothwendig, unter dem

## Um eine Fürstenkrone.

Roman von Reinhold Ortmann.

(Nachdruck verboten).

40)

(Fortsetzung.)

### Die zehnte Kapitel.

Es war ein sonniger, windstill Morgen, ungewöhnlich schön und drückend für einen Juni-tag, als Mohrunen in einem einfachen Mietwagen durch das hohe Sandsteinportal von Schloß Hohenstein fuhr. Er gab dem Diener, der ihn empfing, seine Karte, damit er ihn bei seiner Herrin melde, und nach Verlauf von einigen Minuten kam der Lakai mit dem Bescheid zurück, daß die Damen zwar sehr bedauerten, den Besuch des Herrn Rechtsanwalts jetzt nicht annehmen zu können, daß aber die Beamten der künftigen Verwaltung angewiesen seien, ihm zu der Erreichung der von ihm verfolgten Zwecke in jeder nur immer erwünschten Weise beizustehen zu sein. Mohrunen hatte in der That kaum darauf gerechnet, von der Comtesse, die als die Verlobte des Fürsten Wenzel ja nothwendig seine Gegnerin sein mußte, empfangen zu werden; aber er konnte sich nicht verhehlen, daß die Art, in der man ihm hier entgegenkam, eine durchaus vornehme und edelmüthige war.

Der Secretair, mit welchem er zunächst bekannt gemacht wurde, war ein höflicher und gebildeter Mann, der ihm so liebenswürdig an die Hand ging, als habe er es mit irgend einem gelehrten Forscher, nicht mit einem gelehrten Widerfacher seines Gebietes zu thun. Mohrunen, der anfänglich nur einen einzigen Tag auf diesen Ausflug hatte verwenden wollen, erkannte bald, daß sich innerhalb einer so kurzen Zeit auch nicht die flüchtigste Durchsicht des ungeheuren Actenmaterials würde ermöglichen lassen, und man erbot sich sehr bereitwillig, das Telegramm, in welchem er einen befreundeten Kollegen noch für zwei weitere Tage um seine Vertretung ersuchte, zur Station zu befördern.

Eine Unterkunft im Schloße war ihm zwar angeboten worden, aber der Rechtsanwalt lehnte die Einladung mit höflicher Bestimmtheit ab und kehrte nach Erledigung seiner Tagesarbeit nach dem Gasthause des unfern gelegenen Dorfes Hohenstein zurück, wo er auf der Durchfahrt von der Bahnstation sein Handgepäck abgegeben und sich für die Aufwartung im Schloße umgesehen hatte.

Die schwüle, beklemmende Hitze, welche schon seit mehreren Tagen über der anmuthigen Landschaft brütete, hatte sich inzwischen noch um ein Bedeutendes gesteigert. Nicht der leiseste Windhauch bewegte die schlaff und durstig herabhängenden Blätter der Bäume; Gräser und Blumen neigten sich wie zum Sterben ermattet zur Erde, und selbst die mannigfachen Laute der Thierwelt in Wiese und Wald verstummten allgemach in der erschlaffenden, flimmernden Luft dieses nahezu tropischen Sommertages.

Nichtsdestoweniger unternahm Mohrunen, nachdem er in dem Gasthause sein etwas verspätetes Mittagmahl genossen, verlockt durch die Lieblichkeit der fruchtbaren Hügelandschaft, einen längeren Spaziergang in die Umgebung des Dorfes. Nachdem er eine Weile auf schmalen Pfaden zwischen Wiesen und Feldern dahingegangen war, trat er in den kühlen, erquickenden Schatten des prächtigen, aus alten Buchen und Tannenbeständen gebildeten Waldes ein, der mit dem weitgedehnten Schloßpark in unmittelbarem Zusammenhang zu stehen schien.

Als aufrechter Freund der Natur hatte er innige Freude an der sanften Schönheit der stetig wechselnden Bilder, die sich auf dieser Wanderung seinem Auge darboten, und nach der monatelangen Gefangenschaft in den engen, geräuschvollen Straßen der Großstadt, in heißen, überfüllten Geschäftszentren und in den vier Wänden seines Arbeitszimmers, bereitete ihm der Spaziergang durch den stillen, duftenden Wald eine kaum geahnte Erquickung an Leib und Seele.

Er hatte die Annäherung eines Wagens, der

aus derselben Richtung kam, wie er selbst, nicht wahrgenommen, denn der weiche, bewachsene Waldboden machte das Rollen der Räder und den Hufschlag der Pferde fast unhörbar. Ein Zuruf des Aufsehers, der nicht an ihm vorüberfahren konnte, veranlaßte ihn, zur Seite zu treten. Der offene Wagen rollte so dicht neben ihm dahin, daß er die Insassen genau betrachten konnte.

Es waren zwei Damen von sehr verschiedenem Alter, und das Gesicht der jüngeren konnte der Rechtsanwalt nicht sogleich erkennen, da sie in lebhaftem Gespräch mit ihrer Begleiterin den Kopf von ihm abgewendet hatte. Aber er zweifelte nicht, daß er in ihr die Comtesse Hertha Hohenstein vor sich habe; denn mit ihr hatte er, an rascher Beobachtung gewöhntem Auge hatte er sogleich die fürstliche Livree bei dem Aufseher und dem Bedienten sowie das Wappen der Hohenstein auf dem Wagenkutschwagen erkannt. Er zog grüßend den Hut, und nun mochte wohl die Comtesse von der älteren Dame auf ihn aufmerksam gemacht worden sein, denn sie wandte sich nach ihm um, und für einen flüchtigen Moment sahen sie einander gerade in die Augen.

Ein allerliebster, halb verlegener und halb schelmischer Lächeln erschien auf Herthas Gesicht, als sie wahrnahm, wie groß die Ueberraschung Mohrunens bei ihrem Anblick war. Er mußte sich also des Zusammenstehens in der Berliner Kellerwohnung noch ebenso gut erinnern, als sie selbst und er hatte allem Anschein nach nichts so wenig erwartet, als daß er der unbekannten jungen Dame, welche damals zur Zeugin seines warmherzigen Eintretens für einen armen Verurtheilten geworden war, hier als der Herrin von Hohenstein wieder begegnen würde.

Sie erwiderte seinen Gruß mit einem lebenswichtigen Neigen des Kopfes, und als sie bereits seit einer Weile an ihm vorüber war, hatte der junge Rechtsanwalt noch immer die angenehme Empfindung, daß ihm etwas ganz besonders Gutes und Erfreuliches widerfahren sei. Und als er sich endlich mit sinkender Dämmerung langsam

zur Rückkehr nach dem Dorfe wandte, gewährte es ihm besonderes Vergnügen, sich der Hoffnung auf ein nochmaliges Zusammentreffen mit der jungen Comtesse hinzugeben.

Der Wirth sah mit einigen anderen Männern aus dem Dorfe vor der Thür seines Gasthauses, und Mohrunen, der von Allen begrüßt wurde, gestellte sich zu ihnen, da es wenig Verlorenes für ihn hatte, sich schon jetzt in die schwüle Hitze seines niedrigen Schlafzimmers einzuschließen.

Ohne daß Mohrunen den eigentlichen Anstoß dazu gegeben hätte, lenkte sich das Gespräch auf den verstorbenen Fürsten, der durch seine Deutlichkeit und Biederkeit alle Herzen gewonnen zu haben schien, und in sehr naheliegender Ideenverbindung auch auf seine einzige Tochter, die zukünftige Fürstin von Hohenstein. Der Doctor betheiligte sich nicht an diesem Meinungswechsel, sondern wandte ansehnend seine ganze Aufmerksamkeit den blauen Rauchwölkchen seiner Cigarre zu; aber er lauschte in Wahrheit mit gespanntem Interesse auf jedes Wort, welches da über die Comtesse Hertha gesprochen wurde, und abermals kam, wie vorhin im Walde, jene unerklärliche Empfindung möhigen Behagens über ihn, als er sich überzeugen konnte, daß ihr von Allen die größte Verehrung gepollt wurde.

Er freute sich bei dem Gedanken, daß noch zwei lange Tage vor ihm lägen mit tausend Möglichkeiten, Hertha wiederzusehen und vielleicht sogar zu einer Unterhaltung mit ihr zu gelangen. Sich über die Natur dieser Empfindungen, die mit dem eigentlichen Zwecke seines Hierseins kaum recht in Einklang gebracht werden konnten, Rechenschaft abzulegen, fühlte er sich nicht versucht. Er dachte in dieser Stunde überhaupt kaum an den Hohenstein'schen Proceß und an seine schöne Clientin. Sein Verstellungsvermögen wurde ausschließlich durch Herthas liebliches Bild in Anspruch genommen, und als er endlich sein Zimmer aufsuchte, schlief er mit einer sanft verklärten Erinnerung an die flüchtige Begegnung im Walde ein. (Fortsetzung folgt.)



Befehl von einem oder mehreren fremder Offiziere  
stehen wird, soll mit der Aufrechterhaltung der Or-  
dnung betraut werden, unter dem Beistande von Ab-  
theilungen fremder Truppen. 3. Bei dem Abzuge dieser  
Abtheilungen und um deren Stelle einzunehmen wird  
eine Lokalmiliz organisiert.  
E. Die Sprache. Griechisch, das von allen Ein-  
wohnern gesprochen wird, soll die offizielle Sprache  
sein. Befehle, Verordnungen und amtliche Rund-  
schreibungen werden gleichzeitig auch in türkischer Sprache  
veröffentlicht.  
F. Die Flagge. Areta wird seine eigene Flagge  
haben.

Ferner wird über Tewfik Paschas voraus-  
sichtliche Friedens-Bedingungen Folgendes ge-  
meldet:

London, 11. Juni. (Tel.) Nach einem Tele-  
gramm der „Morning-Post“ aus Konstantinopel  
glaubt man, Tewfik Pascha werde in der nächsten  
Sitzung der Friedensverhandlungen folgende Zu-  
geständnisse verlangen: Die Türkei überläßt den  
Griechen Thessalien mit Ausnahme des Gebietes  
nördlich vom Peneus. Sie stimmt den Capitula-  
tionen im Princip zu, verlangt aber die Er-  
nennung von Experten zur Erwägung dieser  
Frage, und willigt ferner in allem in eine  
Prüfung der Finanzlage Griechenlands ein darauf-  
hin, ob es in der Lage ist, eine angemessene  
Kriegsschuldigung zu zahlen. Ein Konstan-  
tinopeler Telegramm der „Daily News“ bestätigt  
die vorstehende Meldung.

Am schwersten leidet durch den Krieg und die  
Verzögerung des Friedensschlusses der griechische  
Handel. Eine Umfrage bei allen hervorragenden  
Kaufleuten von Athen über die geschäftliche Lage  
hat nach der „Frankf. Ztg.“ ergeben, daß wohl  
einige Häuser wegen der gegenwärtigen Ueber-  
fluthung der Stadt durch thessalische Flüchtlinge  
etwas zu thun haben, allein bei der großen  
Mehrzahl ist das Geschäft zu völligem Stillstand  
gekommen. Schon vor Beginn des Krieges lag  
der Handel wegen des Zwangscourfes sehr dar-  
nieder. Zwar wären, so haben die meisten Chefs  
der großen Häuser ausgelegt, die Anschaffungen  
für das Heer im Lande selbst ausgeführt worden;  
aber der dabei erzielte Verdienst sei doch nur un-  
bedeutend im Verhältnis zu dem Schaden, der  
ihnen aus dem Abbruch der Handelsbeziehungen  
zu Thessalien erwachsen ist. Sehr viele, die  
bei thessalischen Handelshäusern Gelder ausstehen  
hätten, haben diese verloren; denn ihre Schuldner  
liegen jetzt als ruinierte Flüchtlinge dem Staate  
zur Last. Am schwersten sind der Piräus und  
Smyra, das Handelszentrum für Griechenland ge-  
troffen worden. Dort sind ganze Handelsfirmen  
einfach ruiniert, was nicht ohne Einfluß auf den  
griechischen Handel im allgemeinen bleiben kann.  
Durch die Zerstörung sämtlicher Hypotheken-  
büreau und Notariate in den thessalischen  
Städten ist außerdem jede Möglichkeit eines Nach-  
weises von Eigentum genommen worden, und  
die Schädigung des griechischen Wohlstandes wird  
sich in ihrem vollen Umfange erst nach dem  
Friedensschluß richtig überblicken lassen. Die  
Hauptbedingung zur Besserung der Lage sei ein  
schneller Friedensschluß unter jeder Bedingung.  
Mehrere Kaufleute äußerten unvorhergesehen, daß  
Griechenland zur Hebung seiner Finanzen durch-  
greifendere Mittel bedürfe, wie Aegypten und die  
Türkei. Eine Rettung sei nur noch möglich durch  
die Einführung der Fremdenkontrolle.

Daß es unter solchen Umständen äußerst  
schwierig für die griechische Regierung sein wird,  
die Kriegsschuldigung aufzubringen, liegt auf  
der Hand. Wir erhalten über diesen Punkt heute  
folgende Drahtmeldung:

Athen, 11. Juni. (Tel.) Das Finanzministerium  
hat die Hilfsquellen Griechenlands einer Prüfung  
unterzogen, welche als Grundlage für die Zahlung  
der Kriegsschuldigung dienen wird. Das Er-  
gebnis wurde dem englischen Finanzattaché in  
Konstantinopel mitgeteilt, den der Botschafter  
Currie dringend aufgefordert hatte, Ermitt-  
lungen über die Finanzlage Griechenlands anzu-  
stellen. Diese Nachricht und diejenige von der  
Ernennung einer militärischen Kommission zur  
Regelung der Grenzfrage wird als ein dem Ab-  
schluß des Friedens günstiges Anzeichen be-  
trachtet.

Die Kronprinzessin hat sich nach Aghia-  
Marina begeben, um den Verwundeten Kleidungs-  
stücke u. s. w. zu überbringen. Der Kriegs-  
minister Oberst Ziamados ist in Thessalien  
eingetroffen und hatte daselbst eine lange Unter-  
redung mit dem Kronprinzen; alsdann inspicirte  
er die Truppen.

Mit gemischten Gefühlen ist in Athen der Be-  
schluß aufgenommen worden, daß eine Commission  
von drei Mitgliedern eingesetzt worden ist, um die  
Rechnungen der „Ethnikhe Hetairia“ zu prüfen.  
In einem an die „Afti“ gerichteten Briefe erklärt  
der ehemalige Bürgermeister von Athen Michael  
Melas die Meldung für unbegründet, daß er  
Vorsitzender der „Ethnikhe Hetairia“ sei.

## Deutsches Reich.

Berlin, 10. Juni. Ein Nachspiel zur Vorgau-  
er Wahl beschäftigte heute die Straßammer. Wegen  
Beleidigung des ersten Staatsanwalts Rube in  
Vorgau waren angeklagt: der Schriftsteller Heinz  
Krieger als Verfasser eines Flugblattes, der  
Drucker desselben, Stephan, und der Verbreiter  
Obstbändler Cäsar. Der Staatsanwalt beantragte  
gegen Krieger 6 Wochen Gefängnis, gegen die  
beiden anderen Angeklagten je 100 Mk. Geld-  
strafe. Der Gerichtshof verurtheilte Krieger zu  
50 Mk., Stephan zu 10 Mk. und Cäsar zu 5 Mk.  
Geldstrafe.

Das Reichskanzleramt hat die Petition der  
vereinigten deutschen Gastwirthe betreffend die  
Bekämpfung des unerlaubten gast- und schank-  
wirtschaftlichen Gewerbebetriebes in Kur- und  
Badeorten abschlägig beschieden.

Frau Dr. Schlemann in Athen hat als  
Vorsitzende des Frauenhilfs-Comités zur Unter-  
stützung thessalischer Flüchtlinge aus Deutsch-  
land von einer hochgestellten Persönlichkeit, deren  
Namen ungenannt bleiben soll, 100 000 Mk.  
überwiesen erhalten.

Wie der „Hann. Cour.“ meldet, ist es selbst-  
verständlich, daß die Staatsanwaltschaft gegen  
v. Tausch wegen seiner bekannten Äußerungen  
zum Journalistenkrämer über das angebliche  
Ohrenleiden des Kaisers ein neues Strafverfahren  
eingeleitet hat. Es kann sich darnach wohl nur  
um eine Anklage wegen Majestätsbeleidigung  
handeln.

[Reform der politischen Polizei.] Eine  
Interpellation im Abgeordnetenhaus wegen der  
Reform der politischen Polizei regt die „Aoln.  
Ztg.“ an für den demnächstigen Zusammentritt

auf Grund der großen Schäden, welche durch den  
Prozeß Tausch in den Einrichtungen der politischen  
Polizei festgestellt sind.

\* [Frauenpetition.] Eine Anzahl Frauen wird  
eine Petition an den deutschen Reichstag ein-  
reichen, um dem am 31. Mai im preussischen  
Abgeordnetenhaus gefaßten Beschluß, nach welchem  
Frauen und Minderjährige von der Theilnahme  
an Versammlungen und der Mitgliedschaft politi-  
scher Vereine ausgeschlossen werden sollen, ent-  
gegenzutreten. Die Frauen Preußens empfinden  
das als eine ungerechtfertigte Rechtsmilderung,  
die ihnen in Preußen widerfährt, und sie wenden  
sich daher mit der Bitte an den Reichstag, dahin  
wirken zu wollen, daß die Bestimmung des  
Artikels 4 Nr. 16 der Reichsverfassung, nach  
welcher die Regelung des Vereinswesens der  
Reichsgesetzgebung untersteht, erfüllt werde. Die  
Petition soll dem Reichstage Ende Juni zugehen.  
Alle Gesinnungsgenossen, besonders alle Frauen,  
werden gebeten, die Petition zu unterschreiben.  
(Auch in Danzig circultirt die Petition.)

\* [Ahlwardt] soll, wie der „Dsch. Tagesztg.“  
berichtet wird, in allerhöchster Zeit in Berlin ein  
Cigarrengeschäft aufmachen. Hinter ihm steht ein  
als wohlhabender bekannter Gesinnungsgenosse.  
Der Rector a. D. wird in eigener Person Ver-  
käufer sein.

\* [Socialdemokraten in Japan.] Der „Vor-  
wärts“ entnimmt der socialistischen Pariser „Petite  
Republique“ die Nachricht, daß in Japan eine  
socialdemokratische Partei gegründet worden sei.  
Die Nachricht ist vorläufig uncontrolirbar, aber  
wenn sie sich bestätigen sollte, würde sie beweisen,  
daß mit der Entwicklung des Industrialismus  
im fernen Osten ähnliche Klassenkämpfe wie in  
Europa entstehen.

\* [Lungenheilstätten und Arbeiter-Ver-  
sicherung.] Man schreibt der „Deutschen Tages-  
ztg.“: Das Reichs-Versicherungsamt beharrt nach  
wie vor auf dem Standpunkt, den Invaliditäts-  
Versicherungsanstalten die Errichtung von Lungen-  
heilstätten abzurathen. Ein unmittelbares Verbot  
kann das Amt selbstverständlich nicht erlassen,  
aber sein Einfluß ist doch immerhin derart, daß  
beispielsweise für die Errichtung einer eigenen  
Lungenheilstätte durch die Versicherungsanstalt  
Berlin, wie sie von den versicherten Arbeitern  
und ihren Vertretern gefordert wird, vorläufig  
recht wenig Aussicht vorhanden ist. Die vom  
Reichs-Versicherungsamt betonte Geldfrage kommt  
erst in zweiter Linie, da die meisten Versicherungs-  
anstalten für solche Zwecke über genügende Mittel  
verfügen. Was aber den Werth der Lungen-  
heilstätten für die Versicherungs-Anstalten anbe-  
trifft, so kann man darüber heute schon aller-  
dings noch nicht ein annäherndes Urtheil fällen.  
Ob durch solche Heilstätten die Invaliditätsfälle  
wesentlich verringert werden können und die  
Aufwendungen sich lohnen, bleibt langjähriger  
Erfahrung vorbehalten. In nächster Zeit soll  
eine Statistik mit großen Zahlen geschaffen  
werden, aus der sich die Zahl der Tuberkulose-  
fälle überhaupt in der versicherten Berliner  
Arbeiterbevölkerung und der nach heutigen Be-  
griffen für Anstaltsbehandlung geeigneten Fälle  
ergibt. Von dieser Statistik wird eine erhebliche  
Förderung des Lungenheilstättenwesens erwartet.

\* [Auch ein Beitrag zum Kapitel unseres  
Versammlungsrechtes.] Am Sonnabend vor  
Pflingsten, berichtet das „Reichsblatt“, fand in  
Langengrassau, der äußersten Ostspitze der Reichs-  
provinz, eine Versammlung statt, welche einen be-  
merkenswerthen Verlauf nahm. Der Vortrag  
des Redners, welcher sich in streng sachlichen  
und ruhigen Tönen bewegte, wurde ununter-  
brochen von einem im vorgeschrittenen Stadium  
der Anämie befindlichen Individuum gestört,  
welches schon vor dem Versammlungsanfang  
unserem Redner erklärt hatte: „Wenn Sie über  
die Schule sprechen, dann unterbreche ich Sie,  
— aber reden Sie lieber nichts darüber.“ Als diese  
Störungen immer ungehöriger wurden und  
wiederholte Mahnungen des Vorsitzenden Herrn  
Krüger-Schleben und des „Nordost“-Vertreters  
nichts fruchteten, erging an die überwachenden  
Polizeibehörden vom Vorstande die aus der energischen  
Forderung, für die Entfernung der Störenfriede  
aus dem Saale zu sorgen. Der überwachende  
Gendarmeriehauptmann erklärte, da sei der  
Hr. Amtsvorsteher Hölting zuständig. Als nun an Hrn.  
Hölting die gleiche Aufforderung gerichtet wurde,  
blickte dieser erst hilflos um sich und gab dann  
kleinlaut zur Antwort: „Da sei es ja wohl am  
besten aufzulösen!“ Der „Nordost“-Vertreter er-  
widerte, daß „auflösen“ wohl den anwesenden  
Bündlern gefallen würde, daß es aber nicht „das  
Beste wäre“; der Hr. Amtsvorsteher möchte  
vielmehr seine Autorität geltend machen und  
den einzelnen Störenfried zur Ruhe nöthigen  
oder aus dem Saale entfernen lassen. Als die  
Störungssprüche dieses einen Individuums dann  
noch ununterbrochen fortgesetzt wurden und die  
vom Herrn Vorsitzenden der Versammlung unter  
Berufung auf den § 123 des R.-G.-B.-B.  
(Hausfriedensbruch) versuchte hinausweisung  
desselben von den überwachenden Polizeibeamten  
einfach ignoriert worden war, erhob sich der Herr  
Amtsvorsteher Hölting just, als ihm vom Vor-  
stande die bemerkte wurde, man werde gegen  
seine sonderbare Art der Ueberwachung höheren  
Ortes Beschwerde einreichen — und erklärte die  
Versammlung „wegen Ruhestörung“ für auf-  
gelöst!

Selbstverständlich wird dieses eigenartige Ver-  
halten des überwachenden Amtsvorstehers zum  
Gegenstand einer Beschwerde gemacht; Herr  
Minister v. d. Reke kann aus diesem Vorgange  
erkennen, daß nicht nur in Hinter-Puttkamerun,  
sondern auch in der Provinz Sachen die An-  
schauungen über unser Versammlungsrecht „nicht  
ganz geklärt“ sind.

## Belgien.

Brüssel, 11. Juni. Das Glashüttenwerk  
Bondou in Charleroi mußte die Werkschläfen  
schließen, weil 70 000 Francs zur Bezahlung  
der Arbeiter fehlten. Die Regierung ließ die  
Fabrik militärisch besetzen, weil man Unruhen  
befürchtete.

## Rußland.

Petersburg, 10. Juni. Die Kaiserin ist heute  
in Peterhof von einer Tochter entbunden worden.  
Die erste Tochter, Großfürstin Olga Nikolajewna,  
wurde am 15. November 1895 geboren.

Petersburg, 11. Juni. Die neugeborene Groß-  
fürstin hat den Namen Taisjana erhalten.

## Amerika.

Newyork, 10. Juni. Nach einer Meldung aus  
Havanna haben die Insurgenten zwölf Meilen

von Havanna einen Passagierzug mittels Dynamit  
in die Luft gesprengt. Mehr als hundert Per-  
sonen, meistens Soldaten, wurden getödtet oder  
verwundet.

## Jahresversammlung der Gesellschaft für Volksbildung.

— n. Halle, 10. Juni.

Aus den Verhandlungen der gestrigen Schluß-  
sitzung, über welche im gestrigen Bericht das  
Wesentlichste bereits mitgeteilt wurde, ist aus  
dem sehr reichhaltigen aufgenommenen und sehr be-  
achtenswerthen Correferat des Herrn Prof. Dr.  
Uphues-Halle noch Folgendes nachzutragen:

Dr. Uphues erörterte zunächst die Frage der Zulassung  
nicht akademisch Gebildeter zu den Universitäts-  
vorlesungen und sprach sich für eine solche Zulassung  
aus. Redner erklärte, daß vielfach die Schulbildung  
überhöht, die durch das Leben vermittelte Bildung  
dagegen oft unterschätzt werde. Das Leben erzieht und  
bildet mehr als die Schule. Die hier gewonnene  
Bildung ist vielseitiger und umfassender. Den werth-  
vollsten Theil unserer Bildung erwerben wir im  
Leben und letzterem gebührt darum als Bildungs-  
mittel die erste Stelle. Vielfach im Leben uns ent-  
gegentretende Persönlichkeiten beweisen dies. Aller-  
dings muß der Pessimist die Frage „Das Leben er-  
zieht“ in der Weise eingeschränkt werden, daß man  
sagt: „Das Leben erzieht den Begehrten.“ Aber  
weder die Schule noch das Leben kann die Anlagen  
geben oder erziehen. Auch nicht jeden Begehrten ver-  
mag das Leben zu bilden; es bedarf dazu günstiger  
Umstände. Noth entwickelt nicht nur, sie zerstört auch  
vielfach Kraft. Deshalb kann die Zahl derjenigen, die  
durch das Leben ohne jede Schulbildung gebildet  
werden, nur klein sein, wenn auch größer als man  
gewöhnlich annimmt. Diese Personen vor allem sollten  
nicht vom Universitätsstudium ausgeschlossen bleiben.  
Auch manche aus der Schule austretende sogenannte  
schwache Schüler erweisen sich im Leben später schlag-  
fertiger und geistig gewandter, als die Schulleist-  
erwartungen. Auch in dieser Hinsicht dürfte das Leben  
vor der Schule den Vorzug verdienen. Nur in  
einem Punkte gebührt er der Schule, das ist in  
Beziehung zur Fortpflanzung und Erhaltung des  
Wissens an sich, welches das Leben nur in geringem  
Maße vermitteln und erweitern kann, wenn auch  
Celtüre und Selbstunterricht hier Ersatz zu bieten ver-  
mögen. Die Lebenserfahrungen können jedoch durch  
keinerlei Schulbildung ersetzt werden. Vor allem  
darf der Besch einer höheren Schulbildung nicht zum  
Hochmuth gegenüber denjenigen verleiten, die ihre  
Bildung zum größten Theile nur durch das Leben er-  
worben haben, und es muß ihnen deshalb der Weg  
zur Erweiterung ihrer Bildung durch die geplanten  
Volkschulen frei gemacht werden.

In der Discussion betonte der Vorsitzende, Abg.  
Richert, daß die zum Ausdruck gebrachten An-  
schauungen des Herrn Prof. Dr. U. auch diejenigen  
der Gesellschaft seien. Gerade im Munde eines deut-  
schen Universitätslehrers gewinne die Anerkennung  
des Bildungswertes des Lebens an Bedeutung, weil  
man gerade bei uns in Deutschland den Bildungswert  
der Schule oft überschätzt.

Nach Erledigung der Tagesordnung erbat noch das  
Vort. Herr Director Knapf-Beipzig, um für die Thätig-  
keit des Central-Ausschusses zur Verbreitung von  
Volks- und Jugendspielen Interesse und Unterstützung  
zu erbitten, worauf die Annahme nachstehender Reso-  
lution ohne Debatte erfolgte: „Die 27. General-  
versammlung der Gesellschaft für Verbreitung von  
Volksbildung erklärt sich mit den Bestrebungen des  
Central-Ausschusses zur Förderung der Volks- und  
Jugendspiele, die Leibesübungen in freier Luft in  
Deutschland zur Volksfröhen zu machen, einverstanden und  
bittet ihre Mitglieder, nach Kräften auch dieses Werk  
der Volkshebung und Volkswohlthat zu fördern.“

## Journalisten- und Schriftstellertag.

Leipzig, 10. Juni. Zum Aufsichtsrath der  
Pensionsanstalt für deutsche Journalisten und  
Schriftsteller wurden in der heutigen Sitzung  
Fr. Hirtze zum Vorsitzenden, Pöbel zum stell-  
vertretenden Vorsitzenden und Fr. v. Seydlitz  
zum Schriftführer, sämmtlich in München, ferner  
Director Wenzel-Berlin und Dr. Steinbach-Wien  
zu Rassenrevisoren gewählt.

Am heutigen dritten Verhandlungstage des  
fünftägigen allgemeinen deutschen Journalisten- und  
Schriftstellertages wurde über den Antrag des  
Münchener Journalisten- und Schriftstellervereins be-  
rathen, eine motivirte Eingabe an den Reichstag  
und Bundesrath zu richten um authentische  
Auslegung des sogenannten Groben-Unfugs-  
Paragraphen. Der Münchener Antrag wurde  
einstimmig angenommen mit einem von Fränkel-  
Berlin beantragten Zusatz, der Schriftsteller-  
und Journalistentag beschliesse, in eine energische  
Agitation gegen die Rechtfertigung bezüglich des  
genannten Paragraphen einzutreten.

Darauf dankte der Vorsitzende den Behörden  
und Leipziger Vereinen für die Gastfreun-  
dschaft und erklärte den Schriftstellertag für ge-  
schlossen.

Morgen reisen die Teilnehmer nach Dresden,  
wo sie von dem Verein „Dresdener Presse“  
empfangen werden.

## Danziger Lokal-Zeitung.

Danzig, 11. Juni.

Wetterausichten für Sonnabend, 12. Juni,  
und zwar für das nordöstliche Deutschland:  
Molkig, ziemlich kühl, Stidregen. Lebhafter  
Wind.

## Verein zur Förderung des Unterrichts in der Mathematik und den Naturwissenschaften.

L. Danzig, 11. Juni.

Gestern erreichte die diesjährige Versammlung  
ihren Abschluß durch eine Fahrt nach dem Weichsel-  
durchschiff bei Seidersfähr und von dort nach Ma-  
rienburg zur Besichtigung des Schlosses. Während  
der angenehmen Dampferfahrt hatte Herr Bau-  
rath Schötenhagen die Liebenswürdigkeit, an der  
Hand der Herren und Pläne den Fremden das  
großartige Werk des Weichseldurchschiffes und in  
Eingabe die imponenten Schleuseneinrichtungen  
eingeht zu erläutern.

Nach dem Besuche des Marienburger Schlosses  
vereinigten sich die Teilnehmer an der Fahrt im  
Hotel „Zum König von Preußen“ zu einem ge-  
meinsamen Abendessen, bei welchem in zahlreichen  
Reden und Toasten die hohe Befriedigung aller  
Theilnehmer, besonders der fremden Gäste über  
das schöne Gelingen dieser Versammlung zum  
Ausdruck kam, wofür in erster Linie dem Lokal-  
comité wärmster Dank gezollt wurde. Mit wech-  
seitigen Zurufen auf Wiedersehen in Leipzig ver-  
abschiedeten sich die Vereinsmitglieder am späten  
Abend voneinander.

\* [Dachverhörungen.] Am Sonnabend, den  
12., und Montag, den 14. d. Mts., wird das  
Schwimmloch der hiesigen Kaff. Werft im Laufe  
des Vormittags verbohrt und somit das Fahr-

wasser an dieser Stelle zu der fraglichen Zeit für  
den Schiffsverkehr gesperrt sein.

\* [Präsentationswahl.] Bei der gestern im  
Arenthaus in Königs abgehaltenen Präsentations-  
wahl zum Herrenhause, bei der Herr Ober-  
Präsident v. Pulch als Wahlcommissar fungirte,  
erhielt, wie uns zu dem in der Beilage ent-  
haltenen Bericht nachträglich gemeldet wird, Herr  
v. Gordon 16 Stimmen, Herr Rittergutsbesitzer  
Gerlich-Bankau 7 Stimmen.

\* [v. Winter-Denkmal im Rathhause.] Bald  
nach dem Rücktritt des verstorbenen Oberbürger-  
meisters v. Winter von seinem hiesigen Communal-  
amte beschloffen Magistrat und Stadtverordneten-  
Versammlung, eine Marmor-Portrait-  
Büste des am Danzig so hochverdienten  
Mannes auf städtische Kosten von der Hand  
eines hervorragenden Künstlers anfertigen  
und im Stadterordneten- Sitzungsale,  
welchen schon die Marmorbüste seines Freundes,  
des verstorbenen Stadterordnetenvorsitzers  
Bischoffschmidt, aufstellen zu lassen. Die Ausführung  
dieses Beschlusses ruhte bis nach dem Hinscheiden  
des Herrn v. Winter und wurde dann in Prof.  
Siemerings Meisterhand, aus der bekanntlich das  
Marienburger Denkmal Friedrichs des Großen  
und auch die Bischoffsbüste hervorgegangen, gelegt.  
Jetzt ist die Marmorbüste des Herrn v. Winter  
hier angelangt und heute im Stadterordneten-  
Saale aufgestellt worden.

\* [Petition um das Weichsel bei Pischel.]  
Wir haben mehrfach über die Vorstellungen be-  
richtet, welche die Reichverbände in Elbing, Marien-  
burg und Falkenau an die Minister und das  
Abgeordnetenhaus um Ausführung der projectirten  
Anlage zur Abwehr des Eisganges von der Nogat  
gerichtet haben. Am 28. Mai d. J. hat die Agrar-  
Commission des Abgeordnetenhauses wieder über  
diese Petitionen eingehend beraten. Bei der  
Berathung gab der Vertreter des Ministeriums  
der öffentlichen Arbeiten folgende Erklärung ab:  
„Die Staatsregierung kann, wenn überhaupt, der  
Herstellung eines Eiswehres in der Nogat bei Rittels-  
fähr, wegen der damit verknüpften großen Gefahr  
für die an der Weichsel liegenden Niederungen, erst  
näher treten, nachdem die getheilte Weichsel derartig  
regulirt ist, daß sie im Stande sein wird, die ge-  
samten Wasser- und Eismassen der ungetheilten  
Weichsel ohne Vergrößerung der bisher bestanden-  
en Eisangefahren auszuführen. Die Entwürfe  
für eine solche Hochwasser-Regulierung der  
Weichsel von Gemiß bis Pischel sind be-  
reits aufgestellt, außerdem sind Verhand-  
lungen mit den Interessenten wegen Beilegung  
an den entstehenden Kosten im vorigen Jahre gepflogen.  
Zur Klärung einiger Zweifel über den Umfang der  
vorzunehmenden Regulierung liegen zur Zeit die Ent-  
würfe der Akademie des Bauwesens vor. Von dem  
Gutachten dieser höchsten technischen Behörde, welches  
voraussichtlich in einigen Wochen erstattet werden  
wird, und von dem Ausfall der Verhandlungen mit  
den Interessenten wird es wesentlich abhängen,  
ob es der Staatsregierung möglich sein wird,  
die Weiterregulierung der Weichsel so zu betreiben,  
daß schon im nächsten Jahre die nöthigen Selbst-  
forderungen gemacht werden können. Selbst in  
diesem günstigen Falle muß noch eine Reihe  
von Jahren vergehen, ehe an der Abzweigung  
der Nogat Maßnahmen getroffen werden  
können, die geeignet sind, Änderungen in den  
Abflußverhältnissen dieses Stromes her-  
beizuführen.“

Die Agrar-Commission hat dann, wie wir aus  
dem jetzt erstatteten umfangreichen schriftlichen  
Bericht ersehen, nach längerer Debatte, in welcher  
namentlich der Referent eine größere Bescheide-  
nung der Arbeiten forderte, mit neun gegen fünf  
Stimmen den Beschluß gefaßt, die Petitionen der  
Staatsregierung zur Berücksichtigung dahin  
zu überweisen, daß die gemäß § 1 des Gesetzes vom  
20. Juni 1888 geplante Herstellung eines Eis-  
wehres in der oberen Nogat bei Rittelsfähr  
sobald als möglich ausgeführt, oder aber,  
wenn dagegen gewichtige technische Bedenken vor-  
liegen, mit der Erweiterung des Weichsel-  
hochwasserprofils schleunigst vorgegangen  
werde, um erneuten Calamitäten vorbeugen  
und auch die Nogat- wie Elbingniederung vor  
Ueberfluthungsgefahren möglichst zu schützen.

\* [Stadtbibliothek.] In der hiesigen Stadt-  
bibliothek findet in der künftigen Woche die all-  
jährliche Revision statt. Zu derselben müssen  
nach einer heute im Annoncentheile enthaltenen  
Aufforderung alle aus der Bibliothek entliehenen  
Bücher in den Tagen vom 15. bis 17. d. Mts.  
zurückgeliefert werden.

\* [Ein neuer „Kugelschere“ Panzer.] Herr  
Director Schalkau vom Lusttheater in Königs-  
berg hat nämlich schon vor längerer Zeit einen  
kugelsicheren Panzer hergestellt. Die jetzt von  
dem im Theater auftretenden Kunstschützen Herrn  
Western mit diesem angefertigten Schießproben  
haben — wie die „Agg. Allg. Ztg.“ berichtet —  
das überraschende Resultat ergeben, daß der  
Panzer, der nur etwa einen Centimeter Dicke  
besitzt und nur 5 bis 6 Kilogramm wiegt, mit  
unserem jetzigen Infanteriegewehr Modell 88  
nicht durchschossen werden kann, auch wenn eine  
große Zahl Kugeln — bei den Versuchen waren  
es 50 — genau auf einen und denselben Punkt  
einschlägt. Bekanntlich durchschlägt schon eine  
einzige dieser Gewehr-Kugeln Eisenholz bis zu  
einem Meter, Eisen bis zu drei Centimeter  
Dicke, ja selbst Stahlplatten in annähernder  
Stärke. Eine große Schwierigkeit bei Her-  
stellung eines wirklich schützenden Panzers  
bot bisher das Abfangen des Sprühbleis  
der Kugeln, welche zum Beispiel, auf nicht durch-  
schlagende mehrere Zoll starke Eisen- oder Stahl-  
platten abgefeuert, in unzählige Partikelchen zer-  
splintern und schließlich im rechten Winkel ange-  
bracht, selbst einjollige, eichene Wandungen zer-  
rissen. Der seiner Zeit vielgenannte Schneider-  
meister Dome hatte deshalb seinen wegen des  
großen Gewichtes nur aus einer kleinen Platte  
bestehenden Panzer, der bekanntlich doch durch-  
schossen wurde, mit mehreren Centimeter hohen  
und starken Eisenwänden umgeben, um so Kopf  
und Arme des den Panzer Tragenden gegen das  
Sprühblei zu schützen. Wegen der dadurch her-  
vorgerufenen enormen Beschwerung und Ver-  
dichtung wurde natürlich schon dieser kleine —  
in Wahrheit kaum eine Handfläche große —  
Panzer nicht nur unbequem, sondern absolut un-



verwendbar. Der neue Panzer dagegen gewinnt, wie mitgeteilt wird, dadurch ungeheuer, daß er jener Seitenwände nicht bedarf und daher bequem und unbemerkt unter der Kleidung getragen werden kann.

\* [Vorort-Berkehr Danzig-Langfuhr-Oliva-Poppo.] In Folge von Beschwerden über unbestimmte oder unpünktliche Rückbeförderung der Danziger Ausflügler nach Langfuhr und Oliva mit der Eisenbahn an Sonn- und Festtagen hat die hiesige Eisenbahn-Direction in dankenswerther Weise Anordnungen getroffen, welche künftig eine regelmäßige und pünktlichere Rückbeförderung dieser Ausflügler gewährleisten sollen. Hiernach sollen an Sonn- und Festtagen lediglich zur Rückbeförderung der Ausflügler auf den Stationen Oliva und Langfuhr nach Danzig von Poppo aus folgende Leerzüge abgefahren werden: a) bei mittlerem Verkehr die Züge 1475, 2427 und 2429, Abfahrt von Poppo 6.40, 7.30 und 8.30. b) bei stärkerem Verkehr die Züge 427, 2427, 2477, 2429 und 2481, Abfahrt von Poppo 7.00, 7.30, 8.00, 8.30, 9.00 und 10.00. Um nun den Ausflüglern die für die Rückbeförderung vorgesehenen Züge an den verkehrsreichen Tagen bekannt zu geben, werden auf den Stationen Oliva und Poppo an dem Ausgang vom Zwischenbahnsteige, sowie an den beiden Zugängen zum Hauptbahnsteig und in der Bahnhofswirtschaft entsprechende Bekanntmachungen zum Auszuge gebracht werden.

\* [Schützenfest.] Gestern Nachmittag fand im großen Saale des Schützenhauses das übliche Königsmahl der Friedrich-Wilhelm-Schützengilde statt. Den Ehrenplatz an der Tafel nahm der mit der Königschleife gekrönte neue Schützenkönig Herr Ingenieur Sierpling ein. Ihm zur Rechten saß Herr Stadtkommandant Generalmajor v. Heydebreck und zur Linken Herr Oberbürgermeister Delbrück. Als Ehren-gäste der Gilde waren ferner anwesend der Schützenherr, Stadtrath Ehlers, der Stadtordnungsverwalter Herr Steffens, der Vorsitzende des Innungs-Ausschusses, Herr Herzog, der Ingenieur vom Plah, Herr Major Haack, Herr Regierungsbaumeister Lehmann. Während der Tafel concertirte die Kapelle des Grenadier-Regiments Nr. 5 unter Leitung des Herrn Musikbeteiligten Theil. Nach dem zweiten Gange brachte Hr. Sierpling das Hoch auf den Kaiser aus. Der Hauptmann der Gilde, Herr Fein, hieß die Ehrengäste willkommen. Pfingsten, das schöne Fest, sei von den Vorfahren zum Schützenfest ausersehen. So wie zu Pfingsten die Natur erwacht, solle auch neues Leben in der Gilde erwachen. Das Schützenfest führe die Mitglieder der Gilde mit den Ehrengästen aufs neue zusammen, welche beurtheilen sollten, daß Treue zum Herrscherhause, Liebe zum Vaterlande und Kameradschaft in der Gilde gepflegt würden. Mit einem Hoch auf die Gäste schloß Herr Fein seine Ansprache. In einer zweiten Rede toastete Herr Fein auf das Ehrenmitglied der Gilde, Herrn Generalleutnant v. Tressow, worauf an letzteren, der der Gilde bezeichnend einen goldenen Becher geschenkt hatte, ein Begrüßungs-Telegramm gelangt wurde. Herr Generalmajor v. Heydebreck dankte namens der Ehrengäste mit einem Toast auf die Gilde. Er sei von Jugend auf ein Freund des Sports gewesen und freue sich besonders über die Gesinnung, welche bei der Schützenbrüderschaft gepflegt werde. Er habe sich in Danzig sehr bald wohlgefühlt und sich gefreut, als er vom Kaiser zum Commandanten der alten Stadt ernannt worden sei. In dieser Stellung habe er die freundschaftlichen Beziehungen zwischen der Gilde, dem Staate und der Stadt so recht kennen gelernt. Wenn auch jetzt eine friedliche Zeit sei, so könne es doch anders kommen. Und wenn der Kaiser einmal zu den Waffen rufen oder unsere Stadt vom Feinde umschlossen sein sollte, dann würden jedenfalls die thatkräftigen Männer aus der Mitte der Friedrich-Wilhelm-Schützenbrüderschaft ihrem Commandanten treu zur Seite stehen. Herr Illmann sprach über die Bedeutung des Schützenfestes, dessen Verbindung mit dem Pfingstfeste und über das Königsmahl. Es sei bei demselben Brauch, hohe Gäste einzuladen; er heiße die heute anwesenden Spitzen der Staats-, städtischen und Militärbehörden ebenfalls herzlich willkommen und sei besonders stolz darauf, daß der neue Stadtkommandant und der neue Oberbürgermeister heute zum ersten Male die Brüderschaft mit ihrem Besuche beehrten. Redner leerte sein Glas auf die Herren v. Heydebreck und Delbrück. Seitens der Bürger-Schützenbrüderschaft brachte Herr E. Liede die Glückwünsche dar und toastete auf das gute Einvernehmen und die Kameradschaft der beiden Gilden. Herr Oberbürgermeister Delbrück dankte für die Begrüßung des Herrn Illmann. Er sowohl wie Herr v. Heydebreck hätten heute zum ersten Male die Ehre, unter den Mitgliedern der Brüderschaft zu weilen. Es sei ihm eine besondere Freude, als städtisches Oberhaupt die Herren zu begrüßen. Die Beziehungen der städtischen Behörde zur Schützengilde würden immer dieselben guten bleiben, da beide an demselben Stränge ziehen. Er sehe alle gute Freunde unter den Mitgliedern und fühle sich hier zu Hause; er zweifle, ob er sich unter solchen Verhältnissen Ehrengast nennen könne. Seine Rede schloß mit einem Hoch auf die Gilden der Brüderschaft, die Herren Fein und Illmann. Die beide schon lange Zeit zum Wohle der Stadt gearbeitet und gewirkt hätten. Herr Herzog besprach das Verhältnis zwischen der Gilde und den Gewerken und toastete auf den deutschen Schützenbund, worauf schließlich Herr Stadtrath Ehlers in seiner altmännlichen Eigenschaft als „Schützenherr“ mit humorvoller Rede dem Wohl der Hausfrauen sein Glas darbrachte. — Erst nach 5 Uhr war die Tafel beendet, worauf man sich nach dem Park begab. Dort hatte sich wiederum ein zahlreiches Publikum angelagert, um dem Concert der beiden Kapellen des Grenadier-Regiments Nr. 5 und des Feld-Artillerie-Regiments Nr. 36 beizumohnen.

\* [Danktelegramm.] Auf das gestern beim Königsmahl der Friedrich-Wilhelm-Schützenbrüderschaft an deren Ehrenmitglied, Herrn Generalleutnant von Tressow abgegangene Begrüßungs-Telegramm hat der General noch gestern Abend ebenfalls telegraphisch in herzlichsten Worten geantwortet.

\* [Jahreskonferenz.] Die bereits mitgeteilt, findet am 15. und 16. Juni cr. in Christiania die Konferenz der europäischen Eisenbahn-Verwaltungen zur Beratung und Feststellung des Winterfahrplans für 1897/98 statt. Zur Theilnahme an dieser Konferenz haben sich die Herren Ober-Baurath Reichle und Eisenbahn-Secrätär Schmidtke von der hiesigen Eisenbahn-Direction dorthin begeben.

\* [Militärische Vermessung.] Die Herren Hauptmann Lequis und Premierleutnant Danjelow vom großen Generalstab in Berlin, welche kürzlich hier eintrafen und im „Hotel Monopol“ (ehemalig Scherbar's Hotel) Wohnung nahmen, haben militärische Vermessungen in der Umgegend von Poppo und Oliva unternommen, begeben sich dann zu demselben Zwecke in die Carthauer Gegend und fahren heute Abend zur Vornahme weiterer Vermessungen nach Thoen.

\* [Verband Westpreußen des Centralverbandes deutscher Bäckerinnungen.] Bei großer Theilnahme fand gestern die Obermeister- und Vorstandsitzung in Culm statt. Zum Vorsitzenden wurde an Stelle des Herrn Julius Schubert, welcher sein Amt niedergelegt hat, Herr Obermeister Gustav Aarow-Danzig gewählt, zum Kenntenen Herr Wilhelm Sohn-Danzig. Den

Jahresbericht erstattete Herr Aarow-Danzig. Hiernach besteht der Unterverband aus 33 Innungen mit zusammen 588 Mitgliedern (2 Innungen mehr wie 1896). Der Vermögensbestand ist 2841 Mk., Unterführungen an verarmte Bäckermeister sind 1896/97 gezahlt 310 Mk. An Verbandspapieren sind ausgegeben 251 Arbeitsbücher, 209 Lehrbriefe und 353 Lehrverträge. Hierbei wurde betont, daß die Verbandspapiere ein geordnetes Gelingen und Lehrlingswesen geschaffen haben, und daß ein jeder Geselle, um Arbeit zu bekommen, im Besitze eines Germania-Arbeitsbuches sein muß. — Zu dem im nächsten Jahre stattfindenden Verbandstag wurden als Feststätte in erster Linie Marienburg, dann Thoen und Pr. Stargard gewählt. Den Bericht über den Central-Verbandstag in Breslau und die Gesamt-Vorstandsitzung in Berlin erstattete ebenfalls Herr Aarow-Danzig; besonders hervorzuheben ist die Gründung einer Witwen-Pensionskasse für den ganzen deutschen Bäcker-Verband, dann der Kampf um die Aufhebung des Gesetzes betreffs des Maximalarbeits-tages, welcher das Bäcker-Gewerbe in ganz Deutschland drückt und die kleinen Geschäftseinkünfte ruiniert. — Ueber unpünktliche Einfindung der Mitglieder-Beiträge und -Beiträge referirte Herr Alb. Schubert-Danzig. Die Verammlung beschloß einstimmig, daß die Beiträge bis spätestens den 15. Februar jedes Jahres eingezahlt werden müssen. — Eine rege Debatte entfaltete sich am Punkte der Tagesordnung: Der Maximal-Arbeitsstag und seine Folgen, an welcher sich die Herren Roggah-Thorn, Hänel und Grabowski-Grauden, Brien-Culm, C. Schubert-Danzig, Flügge-Elbing und Aarow-Danzig beteiligten. Alle Redner stimmten darin überein, daß die genaue Einhaltung des Maximal-Arbeitsstages unmöglich sei und daß die Aufhebung des Gesetzes von Seiten der Behörden in den meisten Städten Deutschlands eine verschiedene ist. Im allgemeinen wurde anerkannt, daß fast alle Behörden in Westpreußen das Gesetz mißbrauchen. Der Vorstand wurde angewiesen, alles zu versuchen, um die Aufhebung oder Milderung des Gesetzes zu bewirken. — Ferner wurde die Gründung einer Sterbekasse für den Unterverband Westpreußen beschlossen und der Vorstand beauftragt, ein Statut auszuarbeiten. — Für den Antrag Grauden, daß bei Verbandstagen nur Delegirte stimmen sollen, sprachen die Herren Aalies und Grabowski-Grauden; und Roggah-Thorn. Es wurde beschlossen, an den nächsten Verbandstagen den Delegirten gesonderte Plätze anzuweisen.

Nach den Verhandlungen fand ein gemeinsames Festessen statt; hierbei toastete der Vorsitzende, Hr. Obermeister Gustav Aarow-Danzig, auf die Stadt Culm und den deutschen Germania-Verband, Herr Obermeister Hänel-Grauden auf den bisherigen Vorsitzenden Herrn A. Schubert-Danzig, Herr Obermeister Flügge-Elbing auf den neugewählten Vorsitzenden Herrn G. Aarow, Herr Obermeister Brien-Culm auf die Gäste und Herr Karl Schubert-Danzig auf die Damen. — An den bisherigen Vorsitzenden Herrn Jul. Schubert, welcher nicht anwesend war, wurde ein Telegramm gerichtet, worin ihm der Dank für seine bisherige Thätigkeit ausgesprochen wird, ebenso wurde ein Telegramm an den Unterverbands-Vorsitzenden Dittpreußen, Herrn Hoflieferanten Albert Aarow-Königsberg gelangt. — Nach der Tafel fand eine Besichtigung der schön gelegenen Stadt Culm und seiner herrlichen Anlagen statt. — In fröhlicher Stimmung trennten sich Abends die Festtheilnehmer und fuhren ihrer verchiedenen Heimath zu.

\* [Provinzial-Kirchengefangensfest.] Der General-Verammlung der Vereine für Kirchenmusik in Ost- und Westpreußen, welche am Mittwoch Vormittag in Königsberg stattfand, wohnte eine große Anzahl von Geistlichen und von Organisten aus Ost- und Westpreußen bei. Zunächst hielt Hr. Musikdirector Fiebach einen Vortrag über „Orgelbau und Orgelspiel“. An die Ausführungen schloß sich eine sehr lebhaft Debatte. Dabei wies man darauf hin, daß die Rücksicht in der Ausübung der Orgelisten und in ihrem praktischen Können zum Theil den äußeren Verhältnissen zuwiderlaufen seien, und es wurde gebeten, daß das Einkommen aus dem Organistenamt nicht in irgend einer Weise bei der Bemessung des Gehalts in Anrechnung, also in Abzug gebracht werden möge. Herr Consistorialrath Pelka wies darauf hin, daß das Consistorium bereit sei, den Wünschen der Organisten in diesem Punkte möglichst Rechnung zu tragen. Herr Professor Böckerling erstattete hierauf den Jahresbericht. Im Ganzen zählt der Verein gegenwärtig 264 Mitglieder und die Zahl der Chormitglieder beträgt 570 (gegen 535 im Vorjahre). Bezüglich der Wahl eines Versammlungsortes für das nächste Kirchengefangens-Musikfest kam man zu keinem festen Resultate; vorgeschlagen wurden die Städte Marienwerder, Pillkallen und Zichau. Der gesammte Vorstand wurde wiedergewählt.

\* [Unfälle.] Herr Gutsbesitzer Wienh aus Arießhof hebrte auf einem Fuhrwerk aus Dirschau nach Hause zurück. Auf der Chausseestrecke Dirschau-Gatthaus-Gülden geriet er, wie die „Dirsch. Zig.“ berichtet, mit dem Wagen in den tiefen, mit Wasser gefüllten Chausseegraben und ertrank.

\* [Feuer.] Gestern Nachmittag bald nach 5 Uhr wurde unsere Feuerwehr von der Artillerie-Kaserne aus alarmirt und rühte auch nach dorthin aus. Es stellte sich indessen blinder Lärm heraus, so daß die Wehr nicht in Thätigkeit treten durfte.

\* [Selecta an der Marienschule.] Durch Erlaß des Cultusministers ist der hiesigen Marienschule die Genehmigung erteilt worden, wahlfreie praktische Kurse unter dem Namen „Selecta“ nach einem vorgelegten Plane einzurichten. Unabhängig von der Schule und dem Seminar soll dieser einjährige cursus katholischen jungen Mädchen von 15 Jahren an Gelegenheit bieten, sich nach freier Wahl in einzelnen Fächern fortzubilden resp. Kenntnisse für einen zukünftigen Beruf anzueignen.

\* [Strafhammer.] Von neun gestern zur Verhandlung anstehenden Sachen behandelten nicht weniger als sieben Körperverletzungen und andere Rohheitsdelikte. Zunächst hatten sich wegen gemeinschaftlicher Körperverletzung die vier Anrechte Gebrüder Johann und Paul Michalowski aus Arießhof und Gebrüder August und Friedrich Pommeranz aus Zugdam zu verantworten. Alle vier haben sich auf der Dorfstraße in Zugdam in wüster Weise herumschlingel, als sie über die Veranlassung einer Wette über 10 Glas Bier in Streit gerathen waren. Auf beiden Seiten wurden zuerst Stöße und dann aber auch Messer in Action gesetzt, und das so nachdrücklich, daß alle Beteiligten mit mehr oder minder stark blutenden Verletzungen die Prigellei ausgaben. Die Folge war, daß beide Brüderpaare einzeln zum Amtsarzt gehen und Straf-antrag gegen einander stellten. Als sie aber vor einer Verhandlung merkten, daß ihnen die Messerschere übel bekommen könnte, „vertrugen sie sich“, und bei dem ersten Termine vor der hiesigen Strafhammer wollte keiner von den Mißhandlungen des anderen etwas wissen. Es wurden nun die Zeugen gehört, die aber auch nichts gesehen hatten. Der Gerichtshof konnte daher nur den Friedrich Pommeranz mit 20 Mk. Geldstrafe belegen, mußte jedoch die anderen, denen bei ihrem Zeugnis nichts nachgewiesen werden konnte, freisprechen.

Ferner kam gestern eine Betrugs-Affäre zur Verhandlung, welche sich gegen den Kaufmann Arthur Gothe, der hier etablirt ist, richtete. G. contrahirte am 11. März d. J. eine Weichselkud über 500 Mk. und veranlaßte zwei hiesige Herren, ihm Accepte zu geben, indem er ihnen angab, er sei mit einer Dame aus Zoppot verlobt und werde etwa 7000 Mk. Mit-geld erhalten. Den beiden Acceptgebern war das erstere bekannt, nicht aber, daß von Seiten dieser Dame die Verlobung bereits Ende Februar aufgehoben worden war und daß auch die Rücksendung des Ringes

schon erfolgt war. Aus der Verschweigung dieses Umstandes wurde gegen den Angeklagten eine betrügerische Absicht bei dem Wechselgeschäft gefolgert, er sollte wissentlich falsche Angaben zur Erlangung der Accepte gemacht haben. Der Angeklagte stellte dies in Abrede und seine Mutter bekundete, daß die Braut ihres Sohnes den Ring an ihre Adresse zurückgeschickt habe. Ihr Sohn sei damals auf Reisen gewesen und habe von der Aufhebung des Verlobnisses erst spät gehört. Dem Gerichtshof erschien es zwar befremdlich, daß jemand von einem ihn betreffenden so wichtigen Familienergnisse erst so spät Kenntniß erhalten, doch hielt er die ganze Sache für nicht aufgeklärt und erkannte deshalb auf Freisprechung.

\* [Selbstmord.] Der auf dem Holm wohnhafte Zimmergefelde Grallach hat gestern durch Erhängen seinem Leben ein Ende gemacht. Nahrungssorgen sollen den Verstorbenen in den Tod getrieben haben.

\* [Veränderungen im Grundbesitz.] Es sind verkauft worden die Grundstücke: St. Albrecht Nr. 75/76 von der Witwe Prang, geb. Neumann, an die Arbeiter Schiefelbein/chen Eheleute für 3600 Mk.; Langfuhr Blatt 461 von der Abeggstiftung an den Steuerhauflist August Giese für 1561 Mk. Ferner ist das Grundstück Pfefferstätt Nr. 4 nach dem Tode des Kaufmanns Julius Adolph Keller auf seine beiden Kinder übergegangen.

\* [Demolirung.] In vergangener Nacht wurde ein in der Portcullangasse hängender Schaukasten des Waarenhauses von Rath u. Co. erbrochen und ist eine Glascheibe dabei zertrümmert worden. Da in dem Kasten keine Gegenstände vermisst werden, so ist der Einbrecher entweder in seiner Arbeit gestört worden oder es handelt sich um einen von Nachschwärmern verübten groben Unfug.

\* [„Gängerheim.“] Was Energie und rege Unternehmungslust leisten können, kann man an dem von Herrn A. Gelsz geleiteten Gartenlokal sehen. Es ist dort durch fleißige Arbeit und gärtnerisches Geschick eine Gartenanlage geschaffen, in welcher jeder mann gern verweilt, weil die Bäume und Sträucher ebenso schön gegen kühle Winde wie gegen die Gluth der Sonne bieten. Die in vorigem Jahre durch Feuer zerstörte Veranda ist wieder aufgebaut und neben ihr ein geräumiges Orchester errichtet, welches für eine starke Militärmusik Platz bietet. Zur Einweihung dieses Baues fand gestern ein recht gut besuchtes Concert der Kapelle des 128. Infanterie-Regiments statt, für welches der hgl. Musikdirector Herr Recolowich ein gut gewähltes Programm aufgestellt hatte, dessen Ausführung von dem zahlreich versammelten Publikum mit großem Beifall aufgenommen wurde.

\* [Brandstifter.] Gegen einen jugendlichen Brandstifter, den Arbeitsburschen Rudolf Markaschke, verhandelt in den nächsten Tagen die hiesige Strafhammer. Der Bursche hat sich selbst der Polizei gestellt, indem er angab, daß er im vorigen Jahre aus Versehen mit seiner Pfeife die Scheune seines Dienstherrn, eines Besitzers in unserer Umgegend, in Brand gesteckt habe. Er war bereits vor einiger Zeit einer ähnlichen Brandstiftung halber angeklagt, wurde jedoch nach längerer Verhandlung freigesprochen, da der gegen ihn geführte Indicienbeweis das Motiv zu einer Brandlegung vermissen ließ. Es ist jetzt der Veracht aufgetaucht, daß er in einer Art von Geistesstörung zum Brandstifter geworden sein kann.

\* [Einbruchdiebstahl.] Vergangene Nacht ist in dem Grundstück hinterm Casareth Nr. 10 ein vermögner Einbruchdiebstahl verübt worden, welcher hier noch feinesseleicher sucht. In dem Hause befindet sich eine Gypsfabrik und auch deren Bureau; Abends nach Geschäftsschluß pflegt das Grundstück in der Regel nicht bewohnt zu sein. Das haben sich die Diebe zu Nutze gemacht und das Fenster des Bureau's erbrochen, durch das sie in das Zimmer gelangten. Dort angekommen, sprengten sie die Schatulle eines Schreibfiches, in dem sie nichts Werthvolles, wohl aber den Duplatschlüssel zu dem Selbstschrank fanden. Mit diesem öffneten sie den Schrank, aber sie konnten immer noch nicht zu dem Gelde kommen, da dieses in dem Tresor lag. Mit vieler Mühe und Arbeit haben nun die Einbrecher ein Loch in die Stahlplatten des Tresors gestemmt; die Beute lohnt schon auch die vorangegangene Arbeit, denn die Diebe erbeuteten reichlich 200 Mk. in Papier und baar, mit denen sie sich entfernten. Die Criminal-polizei hofft den Einbrechern bereits auf der Spur zu sein, denn es hat einer von ihnen vorher in dem Bureau gebeitelt, wohl um die Zimmereinrichtung auszukundschaften.

\* [Polizeibericht vom 11. Juni.] Verhaftet: 5 Personen, darunter 2 Personen wegen Hausfriedens-bruchs. — Gefunden: 1 Rolle weiß-schwarzer Kleider-stoff, 1 Cigarrentasche, enthaltend eine Vorladung zum Ober-Erlassgericht für den Hausdiener August Friedrich Rukhowski, 1 Uhr und ein kleiner Schlüssel an einem Ringe, 1 Schlüssel, abgehoben aus dem Fundbureau der königl. Polizei-Direction. Verloren: 1 goldene Damen-Remontoiruhr mit kleiner Kette, 1 silberne Cylinderruhr mit doppeltem Goldrande, 1 schwarz-lebernes Portemonnaie mit circa 44 Mk., verschiedene Schlüssel und Zetteln, 1 Portemonnaie mit ca. 86 Mk. und zwei Fahrkarten Dirschau-Danzig, abgegeben im Fundbureau der königl. Polizei-Direction.

## Aus den Provinzen.

W. Elbing, 10. Mai. Eine Angelegenheit, die seiner Zeit in Marienburg und darüber hinaus bei der Verhaftung der Beteiligten großes Aufsehen erregte, gelangte heute hier vor der Strafhammer zur Verhandlung. Es handelte sich nämlich um die großen Leder- und Stiefelbäckerei, welche im Gerichtsgefängnis zu Marienburg verübt worden sind. Angeklagt sind 1. der wegen Unterschlagung zweimal vorbestrafte Stiefelmacher Albert Dierck aus Marienburg, 2. Schuhmachermeister Theodor Wolke aus Danzig, 3. Anna Dierck, Ehefrau des Albert D., 4. Schuhmachermeister Karl Rhode, 5. Schuhmachermeister Franz Piotrowski (beide aus Marienburg) und 6. Schuhmachermeister August Gerig aus Danzig (wegen Körperverletzung mit nachfolgendem Tode bereits mit 15jähriger Gefängnißstrafe vorbestraft). Den beiden ersten Angeklagten wird Diebstahl, den vier letzten Hehlerei zur Last gelegt. In dem Gerichtsgefängnis zu Marienburg war Dierck als Werkmeister angestellt. Er hat diese Stellung in gräßlicher Weise dadurch gemißbraucht, daß er die zur Verarbeitung von Schuhen und Stiefeln erforderlichen Materialien, wie Leder u. s. w., ferner auch Leder-abfälle, fertige Schuhe und Stiefel u. s. w. entwendete und ganze Sätze voll von diesen gestohlenen Sachen zu seiner in Berlin sich aufhaltenden Ehefrau sandte. Dieselbe suchte dann dort die Sachen zu verkaufen. Die Anklage behauptet, daß Dierck 9 Sätze voll gedachter Waaren nach Berlin absandte. Letzterer will jedoch nur drei Sätze voll entwendet haben. Der Angeklagte Wolke, welchem von der Firma Perlowitz in Danzig nach Marienburg Schuhmaterialien über-sandt wurden, damit sie dort unter seiner Aufsicht von den Strafgefangenen verarbeitet würden, hat in ähnlicher Weise sich durch Mißbrauch seiner Stellung verschiedene Sachen angeeignet und veräußert. Den drei übrigen Angeklagten konnte eine Hehlerei in dieser Angelegenheit nicht direct nachgewiesen werden, obwohl sie von Dierck und Wolke herrührende Abfälle und fertige Waaren kauften. Erst gegen 10 Uhr Abends fällt der Gerichtshof sein Urtheil. Dasselbe lautete gegen Dierck und Wolke wegen Unterschlagung auf 9 bzw. 6 Monat und gegen Anna Dierck wegen Hehlerei ebenfalls auf 6 Monat Gefängnis. Die übrigen Angeklagten wurden von der Hehlerei freigesprochen.

h. Grauden, 10. Juni. [Schluß der Provinzial-Lehrer-Verammlung.] In der heutigen General-Verammlung der Provinzial- Sterbekasse gab der Vorsitzende Herr Schulz I. - Danzig den Jahresbericht, nach welchem 163 Mitglieder bei der Sterbekasse mit einem Erbteil von zusammen 66.800 Mk. verstorben sind. Das Vermögen der Kasse beträgt 19.134.79 Mk. Der Antrag des Vorstandes, „die jetzigen Mitglieder der Sterbekasse sind, sobald sie die Fünftel des verstorbenen Erbteiles eingezahlt haben, von ferneren Beiträgen befreit; dasselbe gilt auch für die neu hinzutretenden Mitglieder, so lange die Anzahl der letzteren 189 nicht übersteigt“, wurde einstimmig angenommen. Die ausstehenden Vorstandsmitglieder wurden durch Acclamation wiedergewählt. — Es folgte die Vertreter-Verammlung des Emmeriten-Unterstützungsvereins. Das Andenken des Lehrers Delher-Stuba, des Vaters des Vereins, wurde durch Erheben von den Sihen geehrt. Nach dem Bericht des Vorsitzenden Herrn Florian-Elbing zählt der Verein gegenwärtig 513 Mitglieder. Die Einnahme des vorigen Jahres beträgt 2168 Mk., die Ausgabe 630.99 Mk. In diesem Jahre sind bis jetzt 984.20 Mk. eingenommen und 469.74 Mk. ausgegeben. Für das Delher-Denkmal sind 422.55 Mk. eingegangen. Es ist der Wunsch der westpreussischen Lehrerschaft, dem Lehrer Delher auf dem Kirchhofe ein Denkmal aus Gneis (Obelisk) mit Marmor-porträt zu setzen. — In den Vorstand des Vereins wurden die Herren Florian und Rottig-Elbing, Auhn-Marienburg und Mielke I. - Danzig gewählt. — Gegen Mittag folgte die Schlußsitzung der Provinzial-Verammlung. Auf die abgeordneten Begrüßungs-Telegramme sind nachstehende Antwort-Telegramme einge-gangen: Von Herrn Oberpräsidenten v. Gohler: „Herzlichen Dank für freundliche Begrüßung; reiche Befriedigung bei Arbeit und Erholung wünscht v. Gohler.“ — Von Herrn Dr. Falk in Hamm: „Herzlichen Dank für den freundlichen Gruß.“ — Von Herrn Winkl. Geh. Regierungs-rath Dr. Schneider: „Herzlichen Dank, Gott segne Sie und Ihre Arbeit!“ Der Vorsitzende, Herr Mielke I., schließt die XIV. Provinzial-Lehrer-Verammlung mit herzlichem Dank an die Behörden, den Magistrat und die Stadtverordneten, die dem Festcomité bereitwilligst 300 Mk. als Garantiefonds bewilligt hatten, und an alle diejenigen, die zum harmonischen Gelingen der Verammlung beigetragen haben.

Königsberg, 10. Juni. Bei der heute vollzogenen Reichstagserversammlung für den verstorbenen Abg. Schulse (Sociald.) wurde Rechtsanwalt Haase (Sociald.) gewählt. Gegen-candidaten waren Gutsbesitzer Papendick (frei. Volksp.), Störmer (Antij.) und Arause (nat.-lib.). Haase erhielt 11.883, Papendick 5010, Arause 4079 und Störmer 2158 Stimmen.

Die Reichstags-Nachwahl hat mit dem unerwarteten Resultat geschlossen, daß der Candidat der socialdemokratischen Partei, Herr Rechtsanwalt Haase, bereits im ersten Wahlgange gegen die drei Candidaten der anderen Parteien gewählt ist. Die socialdemokratische Partei hat also den Wahlkreis, welchen sie 1890 eroberte und nach der Reichstagsauflösung von 1893 hielt, auch diesmal behauptet. 1890 wie 1893 gelang ihr das freilich erst in der Stichwahl, immerhin brachte sie im ersten Wahlgange 1890 schon 12.370, 1893 10.968 Stimmen auf. Diesmal hat sie mit 11.917 Stimmen, das sind ca. 350 über die absolute Mehrheit, vorweg den Sieg errungen. Der Wahlkampf in Königsberg ist mit großer Lebhaftigkeit von allen Seiten geführt worden, gleichwohl sind die in der Minorität gebliebenen Parteien mit geringeren Stimmenzahlen als früher vertreten. Die freisinnige Volkspartei, deren frühere Vorgängerin, die Fortschrittspartei, bis 1878 in unbestrittenem Besitze des Wahlkreises war und, nachdem sie ihn 1878 nach den Attentaten an die Freiconservativen verloren, ihn 1881 mit 12.851 Stimmen zurückerröberte, und dann wieder bis 1887 hielt, brachte bei der Wahl von 1890 nur noch 6725, bei der von 1893 nur 5932, diesmal 5008 Stimmen auf. Der nationalliberale Candidat Dr. Arause erhielt diesmal 4049, der Antisemit Störmer, für den auch die Mehrzahl der Conservativen gestimmt hat, 2160, beide zusammen 6209 Stimmen, gegen 7296 Stimmen, welche 1893 von den damals vereinten Nationalliberalen und Conservativen aufgebracht wurden. 1890 erhielt der nationalliberale Candidat noch 5680 Stimmen, 1887, als er in der Stichwahl siegte, bei der ersten Wahl 7408 Stimmen. Das diesmalige Wahleresultat in Königsberg ist also wieder sehr reichlich. Es beweist aufs neue, wie kurzfristig die Liberalen handeln, wenn die sich nahestehenden Fractionen fortgesetzt befehden. Sie befördern dadurch nur die eigene Ohnmacht.

## Bermischtes.

### Rudolf Falbs Wetterprognosen

für das zweite Halbjahr 1897 sind im Verlag von Hugo Steinig in Berlin erschienen. Für die Ferienzeit kommen zwei kritische Tage zweiter Ordnung am 14. und am 29. Juli in Betracht, von denen der zweite allerdings „sehr wahrscheinlich um eine Ordnung höher rücken“ dürfte. Der Juli soll — nach Falb — im ersten Drittel verhältnismäßig ziemlich trocken verlaufen. Erst mit dem Eintritt des zweiten Drittels ist bedeutendere Zunahme der Niederschläge zu erwarten. Namentlich dürfte die Häufigkeit der Wetter auffällig werden, während im letzten Drittel, in welchem die Niederschläge eine bedeutende Höhe erreichen, Gewitter doch verhältnismäßig selten eintreten. Für den August soll verhältnismäßig trockenes Wetter zu erwarten sein. Nur die ersten Tage dürften sich noch ziemlich regnerisch gestalten, sagt Falb.

### Standesamt vom 11. Juni.

Geburten: Nieter August Belba, S. — Arbeiter Johann Krüger, S. — Arbeiter Albert Conser, I. — Schiffslauer August Goshi, S. — Bureau-Vorleser Eugen Morggihl, S. — Seefahrer Franz Wastelke, I. — Köpfergele Peter Ruberski, I. — Schneidergele Wilhelm Wastke, S. — Schlosser Otto Ehrlichmann, S. — Arbeiter Hermann Stenel, I. — Arbeiter Karl Pierack, I. — Unehelich: 1 I. Aufgebote: Brauer Joseph Papierowski und Delagia Stuchniska, beide hier. — Aufgebote Alois Kuler zu Berlin und Johanna Anna Grubj dajelski. — Photograph Johannes Blaschke zu Alt-Pillau und Gertrud Emma Ida Stiegelberg hier. Heirathen: Fleischermeister Franz Paul Narjowski und Magdalena Beutler, beide hier.



